

STADT



FUCHS

Zeitung des SPD-Ortsvereins für Treuchtlingen und die Ortseile

Projekt „Jugendparlament Treuchtlingen“

Gemeinschaft und Gemeinsames werden heute anders erlebt als vor 20 Jahren. Durch virtuelle und räumliche Mobilität werden Interessen nicht mehr nur kollektiv durch die Möglichkeiten am Wohnort bestimmt, sondern können individuell und vielseitig entfaltet werden. Dies hat auch dazu geführt, dass man nur punktuell mit einer Gemeinschaft verbunden ist. In Städten wird lamentiert, dass kaum jemand mehr eine dauerhafte Bindung, zum Beispiel mit einem Verein, eingehen will, ganz zu schweigen von den verantwortlichen Posten, die es zu besetzen gälte - bis hin zur viel beklagten Politikverdrossenheit. Man ist nur zu kurzfristigen, eigennütigen Projekten bereit. Glücklicherweise findet man auch Gegenbeispiele. Und diese Gegenbeispiele sind vielleicht zahlreicher als vermutet. Gemäß einer Bertelsmann-Studie von 2001 würden sich 20 Prozent der Jugendlichen ehrenamtlich engagieren wollen, kennen aber die Möglichkeiten

nicht immer. Warum soll eine Stadtgemeinde dieses Potenzial nutzen? Zum einen gibt es ganz egoistische Gründe: Es liegt im Interesse jeder Gemeinde, junge ehrenamtliche Mitmenschen allmählich für kontinuierliche Mitwirkung im Sinne des Gemein(de)wohls zu gewinnen. Zum anderen gibt es soziale Gründe: Psychologische Studien haben gezeigt, dass wer „gibt“, später auch „bekommt“ und dadurch seinen guten Ruf ausbildet; am Besten lerne man, persönliche Wünsche auszugleichen und in Gemeinschaft zu entscheiden, indem man in kleinen Bereichen Verantwortung übernehmen dürfe. Da es in Bayern rund 100 Jugendparlamente gibt, bei denen Jugendvertreter gegenüber dem Stadtrat offiziell ihre Anliegen vertreten, schrieb ich als SPD-Jugendbeauftragter etwa ein Dutzend Bürgermeister an und erhielt bis auf eine Ausnahme durchwegs positive Erfahrungsberichte - auch von unserer Partnerstadt Pon-

sacco. Auch die Stadtverwaltung informierte sich spürbar intensiv und konnte Positives berichten. Freilich mag man einwerfen, dass so ein Vorschlag von Jugendlichen selbst kommen müsse, um sie für solch ein Projekt zu gewinnen und kontinuierlich halten zu können. Die oben zitierte Bertelsmann-Studie zeigt aber, dass Jugendliche erst einmal über so eine Möglichkeit informiert werden müssen. Die Äußerungen der Jungen Union und nun auch der Jusos haben deutlich gemacht, dass die Idee eines Jugendparlaments schon jugendliche Befürworter gefunden hat. Kontinuität könnte entstehen, wenn Vertreter aus mehreren Teilaltersgruppen zu wählen wären, so dass Ältere dann Jüngere nachziehen könnten. Man mag weiter einwenden, dass so ein Gremium nicht unpolitisch bleiben werde. Aber dies soll es auch gar nicht. Die Jugendlichen sollen sich ja politisch einmischen - allerdings nicht aus parteipolitischen Beweggründen. Vielmehr sollen sie üben und lernen, gemeinschaftspolitisch zu arbeiten und zu argumentieren. Dies lernen sie nicht, indem sie halbstündliche Börsennachrichten und Talkshows mit Politikerstatements in einer Minute zehn Sekunden ansehen. Freilich hängen Gelingen oder Scheitern am Ende von den Jugendlichen selbst ab. Aufgabe der Stadt ist es aber, den Jugendlichen die Möglichkeit erst einmal zu geben und sie zu ermuntern, diese zu nutzen. Es ist sehr begrüßenswert, dass trotz einiger Bedenken sowohl Stadtverwal-

FortsetzungS. 4



Es gibt wieder eine eigenständige Juso-AG (das steht für „Arbeitsgemeinschaft“) in Treuchtlingen. Das Vorstandskollektiv wurde bei der Wiedegründung gewählt. Hier im Bildv. li. n. re.: Andreas Koch (Vertreter im OV-Vorstand), Stefanie Krauß, Tobias Bautze, Lisa Haberkern, Andreas Matsche. Die jungen Leute haben inzwischen schon alle Hände voll zu tun (und das nicht nur schulisch): Sie wollen sich um das Jugendparlament (siehe Bericht) kümmern und um die Zusammenarbeit mit den Jungen Gemeindebürgern - und außerdem stehen ja Wahlen an, in deren Vorfeld genügend Arbeit wartet.

Bayern

SPD

Fortsetzung von S. 1 „Jugendparlament“
 tung als auch alle Stadtratsfraktionen
 hne parteipolitisches Gezänk einhellig
 für ein Projekt „Jugendparlament“
 stimmten.

Die nächsten Schritte sollten rasch er-
 folgen und umfassten nach meinen
 Vorstellungen die Einbindung aller
 Beteiligten in der Stadtjugendpflege
 sowie der Senefelder-Schule, ein offi-
 zielles Gesprächsforum für und mit
 Jugendlichen, die Erstellung einer Sat-
 zung, die Bewerbung der KandidatIn-
 nen in Zusammenarbeit mit der Sene-
 felder-Schule und deren öffentliche
 Vorstellung, schließlich die Wahl
 selbst.

Noch ein Wort zur Benennung dieses
 Gremiums. Im Stadtrat hörte man
 „Jugendbeirat“, „Jugendparlament“
 und „Jugendstadtrat“. Gerade der
 letzte Begriff erregte einige Gemüter
 in der sonst maßvollen Diskussion.
 Dazu sei gesagt, dass nicht Form und
 Name entscheidend sind, sondern al-
 lein, mit welchen Inhalten Gremium
 und Ämter gefüllt werden. Diese Prio-
 rität sollte auch für jedes Mitglied ei-
 nes jeden Stadtrats gelten. Nicht dass
 man „jugendlicher“ oder „erwachsen-
 er“ Stadtrat ist, sondern *wieman*
 „jugendlicher“ oder „erwachsener“
 Stadtrat ist, das zählt.

Joachim Grzega

Herzliche Einladung

➔ zum Perlachberg-Fest am
 6. September mit dem bayeri-
 schen Spitzenkandidaten Franz
 Maget (sein vorgesehener Auftritt
 beim Starkbierfest war wie die
 Veranstaltung selbst wegen des
 Irak-Krieges ausgefallen)

➔ am 12. September ab 18.30
 Uhr in die Stadthalle zu einer
 Veranstaltung mit Bundesfami-
 lienministerin Renate Schmidt

➔ zur Teilnahme an der Land-
 tags- und der Bezirkstagswahl
 am 21. September.

←←← Rückblick



Der frühere Bürgermeister von
 Dietfurt und langjährige Stadt-
 und Kreistat Ernst Rottler konnte
 sein 80. Lebensjahr vollenden.
 Selbstverständlich gratulierten
 Vertreter der Treuchtlinger SPD
 zu seinem runden Geburtstag
 sowie zum 25-jährigen Partei-
 jubiläum. Im Bild Ernst Rottler mit
 Fraktionsvorsitzendem Werner
 Baum.



Verstorben ist Ende Mai Karl
 Grillenberger, über 30 Jahre Mit-
 glied der SPD. Das Bild entstand
 anlässlich seines 85. Geburtsta-
 ges wenige Wochen zuvor (links
 der stellvertretende SPD-Orts-
 vereinsvorsitzende Stefan Fi-
 scher, rechts Ehefrau Gabriella
 Grillenberger).

Impressum: V.i.S.d.P. Stefan Fischer,
 Weißenburger Str. 42, 91757 Treucht-
 lingen; Redaktion & Layout, Christel
 Keller, Fotos Alfred Keil, Heidi Koch

Bund und Länder unterzeichnen
 Vereinbarung über Ganztagschulen

Förderanträge jetzt stellen!

Mit der am 12. Mai 2003 von Bund
 und Ländern unterzeichneten Ver-
 einbarung wird ein zentrales Wahl-
 versprechen von Bundeskanzler
 Gerhard Schröder eingelöst: das
 Vier-Milliarden-Euro-Programm
 zum Aufbau von Ganztagschulen.
 „Damit besteht für die Schulträger
 unseres Wahlkreises ab sofort die
 Möglichkeit, Förderanträge für die
 Schaffung oder den Ausbau von
 Ganztagschulen zu stellen“, erklärt
 die SPD-Landtagsabgeordnete Chri-
 sta Naaß.

Die Vergabe der Mittel liegt in der
 Verantwortung der Länder. Da die
 Vereinbarung rückwirkend zum 1.
 Januar 2003 in Kraft getreten ist,
 können nun sofort Förderanträge
 bei den Landesregierungen gestellt
 werden, um die für 2003 angesetz-
 ten Haushaltsmittel von 300 Mio.
 Euro für Bayern zu verwenden. Zu
 begrüßen ist vor allem, dass nach
 anfänglichem Widerstand auch die
 von CDU/CSU geführten
 Bundesländer das Angebot des Bun-
 des zu einer Finanzhilfe angenom-
 men haben. Die vom Bund den
 Ländern für den Zeitraum 2003 bis
 2007 zur Verfügung gestellten 4
 Mrd. Euro sollen für den Aufbau
 neuer Ganztagschulen, zur Weiter-
 entwicklung bestehender Schulen,
 und zur Schaffung zusätzlicher
 Ganztagsplätze an vorhandenen
 Schulen verwendet werden. Ferner
 werden Schulen einschließlich an-
 gegliederter Horte sowie Koopera-
 tionsmodelle zwischen Schulen und
 Trägern der Jugendhilfe mit einem
 gemeinsamen pädagogischen Kon-
 zept gefördert, wenn ein Ganztags-
 angebot angestrebt wird. Der Aus-
 und Aufbau von Ganztagschulen ist
 ein wichtiger Schritt zur
 Verbesserung unseres Bildungssy-
 stems, dem durch die PISA-Studie
 deutliche Mängel bescheinigt wur-
 den. Ganztagschulen machen eine
 gezielte individuelle Förderung
 möglich und tragen somit zur Ver-
 wirklichung von Chancengleichheit
 bei. Darüber hinaus wird mit Gan-
 tagsschulen eine wesentliche Vor-
 aussetzung für die Vereinbarkeit
 von Familie und Beruf geschaffen,
 Deshalb fordert Christa Naaß die
 Landesregierung, die Städte und
 Gemeinden, aber auch Eltern und
 Schulen auf, die Chancen zur Schaf-
 fung von Ganztagsschulplätzen zu
 nutzen.



Keine Angst vor roten
 Hexen hatten die zahl-
 reichen Besucher des
 Infostandes zum
 Wahlauftakt für Land-
 tagskandidatin Christa
 Naaß, MdL, und den
 Bezirkstagskandidaten
 Peter Krauß, Bürger-
 meister von Pappen-
 heim. Wilfried Seu-
 berth (li.) und Andrea
 Blum hatten den Kon-
 takt zu einer aleman-
 nisch-türkischen Ko-
 operation geknüpft.